

Zum Thema Vorgriffstunde - erster Erfolg:

Mappus signalisiert Gesprächsbereitschaft über flexible Arbeitszeitregelungen auf freiwilliger Basis

Gespräch DGB/GEW mit MP Mappus

Im Gespräch mit Ministerpräsident Mappus und Staatsminister Rau Anfang Januar machte die GEW-Vorsitzende Doro Moritz deutlich, dass eine verpflichtende Vorgriffstunde mit der GEW nicht umzusetzen ist. Die GEW Baden-Württemberg dankt allen Lehrkräften, die dem Aufruf zu Protestaktionen bereits gefolgt sind.

Trotz der Bereitschaft des Ministerpräsidenten, weitere Gespräche zu führen, hält die Landesregierung weiterhin an ihrer Absicht fest, 160 Millionen beim Personal einzusparen.

Deshalb:

- Setzen Sie die vielfältigen Proteste fort!
- Schreiben Sie insbesondere an die Wahlkreisabgeordneten von CDU und FDP individuelle Briefe auf der Grundlage der Resolution und fassen Sie entsprechende Beschlüsse in Personalversammlungen!
- Machen Sie deutlich - nicht nur an Gymnasien und Beruflichen Schulen, dass Sie im Falle der Umsetzung des Vorgriffstundenmodells Mehrarbeitsunterricht über ganze Schuljahre hinweg konsequent ablehnen.

GEW lehnt Gesetzentwurf zur Vorgriffstunde ab!

Resolution des GEW-Landesvorstands zu den Sparmaßnahmen der Landesregierung

Hände weg von Stellen und Arbeitszeit!

Die GEW Baden-Württemberg ist empört über die drastischen Sparmaßnahmen, die Ministerpräsident Mappus für den Nachtragshaushalt vorgelegt hat. Die GEW lehnt die beabsichtigte Streichung von 1.500 Stellen und die Einführung des Vorgriffstundenmodells entschieden ab. Die GEW kritisiert nachdrücklich, dass MP Mappus entgegen seiner Zusage und vor allem im Widerspruch zur bestehenden Beteiligungsvereinbarung mit den Gewerkschaften ohne vorausgehende Gespräche mit den Gewerkschaften und den Beschäftigten an die Öffentlichkeit gegangen ist. Die GEW hat keinerlei Verständnis dafür, dass der Beamtenbund Baden-Württemberg dem Ministerpräsidenten Vorschläge für Einsparungen bei den Beamt/innen macht.

Der Landesvorstand der GEW Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, Wort zu halten und im Bildungsbereich keine Einsparungen vorzunehmen:

- Eine Vorgriffstunde pro Jahr für alle Lehrkräfte im Beamten- und Angestelltenverhältnis bis zum 40. Lebensjahr bedeutet eine völlig inakzeptable Arbeitszeiterhöhung und vernichtet in beträchtlichem Umfang Einstellungschancen für junge Kolleg/innen in allen Lehrämtern. Das ist angesichts der Situation auf dem Lehrerbearbeitungsmarkt völlig kontraproduktiv. Potenzielle Lehramtsbewerber/innen werden von der Lehrerausbildung abgeschreckt. Der bereits vorhandene bzw. sich abzeichnende Lehrermangel wird verschärft.
- Die Vorgriffstunde entlarvt die Absicht der Landesregierung, auch im Bildungsbereich massiv Stellen streichen zu wollen.
- Während die Landesregierung beim Vorgriffstundenmodell für Lehrkräfte an GHRS-Schulen nach Verhandlungen mit der GEW bereit war, 1.600 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen und den Verzicht auf dauerhafte Deputatserhöhungen für die gesamte Laufzeit von 15 Jahren definitiv zusagte, enthält das jetzt beabsichtigte Modell keinerlei Beitrag der Landesregierung.
- Viele junge Lehrkräfte sind bereits jetzt teilzeitbeschäftigt, weil sie die Belastung eines vollen Deputats nicht bewältigen können bzw. wollen. Für sie bedeutet die Vorgriffstunde, vor allem in der Familienphase, eine weitere Gehaltskürzung.
- Die GEW kritisiert, dass Lehrkräfte im Rahmen der Vorgriffstunde mit einer Deputatsstunde und damit in höherem Umfang als die Beamt/innen in den Verwaltungen belastet werden sollen.
- Die Lehrkräfte an Gymnasien und Berufliche Schulen haben fehlende Lehrerstellen durch Bugwellen

im Umfang von inzwischen 800 bzw. 1400 Stellen aufgefangen. Es ist völlig inakzeptabel, dass der jetzt angekündigte Einstieg in den Abbau der Bugwellen durch die Mehrarbeit der jüngeren Kolleg/innen finanziert wird.

- Das Vorgriffstundenmodell stellt die Glaubwürdigkeit der Landesregierung in hohem Maße in Frage. Wer aufgrund der anerkannt hohen Belastung der Lehrkräfte 3 Millionen Euro für Gesundheitsprävention zur Verfügung stellt, kann nicht gleichzeitig die Arbeitszeit erhöhen.
- Wenn Funktionsstellen zeitnah besetzt und die Einstellungen von Krankheitsvertretungen zügig erfolgen sollen, darf in den Abteilungen 7 der Regierungspräsidien keine Stelle gestrichen werden.

Die GEW stellt fest:

Die Behauptung des Ministerpräsidenten, wonach die Landesbeschäftigten und insbesondere der Bildungsbereich von Einsparungen verschont geblieben seien, stimmt einfach nicht. Es ist unglaublich, dass mit dieser Behauptung Stellenstreichungen und Mehrarbeit durchgesetzt werden sollen. Richtig ist vielmehr, dass die Landesregierung im Zuge der Dienstrechtsreform bei den Beamt/innen kräftig abkassiert und außerdem in beträchtlichem Umfang Einsparungen im Bildungsbereich vornimmt:

- Allein die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ab 2012 und die Kürzung der Anrechnung der Ausbildungszeiten auf das Ruhegehalt machen pro Jahr mehr als 74 Millionen Euro aus.
- Die Absenkung der Eingangsbesoldung für Neueingestellte um 4 Prozent für 3 Jahre besteht auch nach Inkrafttreten der Dienstrechtsreform weiter, obwohl die Dienstrechtsreform den öffentlichen Dienst attraktiver machen soll.
- Mehr als 9.500 Lehrerstellen sind mit kw-Vermerk (künftig wegfallend) versehen, knapp 4.500 ab 2012.
- Die Mittel für Krankheitsvertretungen wurden von 26,3 Mio. in 2009 auf 20,5 Mio. in 2010 gekürzt.
- Gekürzt wurden auch die Mittel aus dem Lehrbeauftragtenprogramm.

Die GEW Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, den Landeshaushalt nicht auf Kosten der Beschäftigten zu sanieren und keine Kürzungen im Bildungsbereich vorzunehmen. Nicht die Landesbeschäftigten, sondern die Schuldenbremse sowie die Steuer- und Wirtschaftspolitik, sorgen für die Lächer im Landeshaushalt.

Weitere Materialien und Informationen: www.gew-bw.de